

der Abgrenzung. In Wirklichkeit geht es nicht um Distanz oder Anpassung zwischen katholischen Überzeugungen und gegenwärtiger Kultur. Es geht in unseren Stellungnahmen um Sachkunde, und im Blick auf das Politische stehen wir vor der Herausforderung, jene Politikfähigkeit zu erreichen, die nicht schon konform geht mit existierenden Parteiprogrammen und andererseits nicht auf einer Ebene des so allgemeinen bleibt, daß sie politisch wirkungslos wird. Dialogische Grundhaltung und erkennbares Profil schließen sich nicht aus, müssen vielmehr zueinandergebracht werden.

Wenn wir die Zukunft des Christentums und darin des Katholizismus bedenken, dann müssen wir uns mit Nachdruck um Perspektiven einer sichtbaren Religions- und Po-

litikfähigkeit bemühen. Beides gehört zusammen; beides gehört zu den notwendigen Fundamenten einer Gesellschaft und Kultur im Umbruch. Auch in dieser Hinsicht hat die Herder-Korrespondenz in den letzten Jahren in der Weise ihrer Berichterstattung und Kommentierung wichtige Wegweisung gegeben.

Die Herder-Korrespondenz ist aus der publizistischen Landschaft in Deutschland nicht wegzudenken. Sie hat Einfluß, sie prägt Kultur und öffentliche Meinungsbildung, sie bestimmt den innerkirchlichen Dialog wesentlich mit. Dazu möchte ich Ihnen von Herzen gratulieren und bestätigen, daß, wenn es die Herder-Korrespondenz noch nicht gäbe, sie spätestens heute erfunden werden müßte. *Annette Schavan*

Noch nicht überwunden

Verschuldung blockiert weiter die Entwicklung der ärmsten Länder

Von einem Ende der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ kann nicht die Rede sein. Auch in absehbarer Zukunft werden vor allem die Länder niedrigerer Einkommen nicht in der Lage sein, langfristige Zahlungsfähigkeit zu entwickeln. Pedro Morazán, wissenschaftlicher Mitarbeiter von „SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene“, erläutert die Gründe für den fortdauernd steigenden Trend bei der Gesamtverschuldung und nennt die wichtigsten Ansatzpunkte für den Ausweg aus der internationalen Schuldenmisere.

Bis Ende 1995 stieg die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer auf 2068 Milliarden US-Dollar und lag damit 147 Milliarden über dem Stand des vorangegangenen Jahres (alle statistischen Angaben zu den letzten fünf Jahren aus: World Bank [1996], World Debt Tables). Allen Beteuerungen über ein Ende der Schuldenkrise zum Trotz bestätigte sich damit der steigende Trend der letzten 25 Jahre. Wie schon in früheren Jahren haben *Wechselkurschwankungen* vor allem 1994 bis 1995 zu einer Verschärfung des Problems beigetragen.

Die Abwertung des Dollars verursachte einen wechselkursbedingten Anstieg der Schulden der Entwicklungsländer in anderen Währungen von umgerechnet 13 Milliarden US-Dollar. Vor allem die Länder, die ihre Schulden in DM und/oder Yen zurückzahlen, ihre Exportgeschäfte dagegen auf Dollar-Basis abwickeln müssen, waren von der Abwertung des Dollars stark betroffen. Für alle Entwicklungsländer zusammen bringt eine Abwertung des US-Dollars von 10 Prozent einen Anstieg der Schulden um circa 6 Prozent, berechnet auf der Basis der gegenwärtigen Währungszusammensetzung der Auslandsschulden.

Legt man die bekannten *Verschuldungsindikatoren* zugrunde, wird weiterhin deutlich, daß in absehbarer Zukunft die Mehrheit der Länder mittlerer und vor allem die Länder niedrigerer Einkommen nicht in der Lage sein werden, eine

langfristige Zahlungsfähigkeit zu entwickeln. Der Schuldendienst (Tilgungen und Zinszahlungen) sämtlicher Entwicklungsländer ist weiter um 5,5 Prozent auf 192 Milliarden US-Dollar gewachsen. Die Zinsforderungen auf umgeschuldete Verbindlichkeiten haben zu einer Erhöhung des Schuldenstandes von 9 Milliarden US-Dollar geführt, wobei die kumulierten Zinsrückstände deutlich niedriger lagen als im Jahr 1994.

In vielen Fällen haben Schuldenstand-Reduzierungen und abnehmende Zinsrückstände zu einer vorübergehenden Entschärfung der Verschuldungssituation beigetragen. Schulden von umgerechnet 8,5 Milliarden US-Dollar sind infolge einer Vielzahl von Transaktionen wie Geschäftsbankenumschuldungen, öffentlichen bilateralen Umschuldungsabkommen und Umwandlungen von Schulden in Kapitalbeteiligungen reduziert worden. Für das Gros der Entwicklungsländer hatten solche Transaktionen jedoch nur geringe positive Auswirkungen.

Die Schuldensituation der Entwicklungsländer ist dabei recht unterschiedlich. Während zahlreiche *ostasiatische* Länder eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs verzeichneten, bleibt die Überschuldung der meisten *afrikanischen* und *lateinamerikanischen* Länder eine ernstzunehmende Blockade für eine

zukunftsfähige Entwicklung. Lateinamerika hat mit 29 Prozent weiterhin den größten Anteil an der Verschuldung der Länder niedriger und mittlerer Einkommen. Allein auf Mexiko und Brasilien fällt ein Anteil von 15 Prozent der Gesamtschulden. Dabei hat sich die Verschuldungssituation Mexikos infolge der Peso-Krise 1994 weiter verschärft (vgl. HK, Mai 1995, 267 ff.), und die Gefahr krisenhafter Entwicklungen, die Argentinien und Brasilien drohte, ist trotz des Einsatzes eines Hilfspaketes von umgerechnet 50 Milliarden US-Dollar noch nicht gebannt. Überall in Lateinamerika, mit Ausnahme Chiles, ist die Auslandsverschuldung gestiegen. Absolut gesehen läßt sich seit 1992 ein positiver Netto-Kapitaltransfer für die Entwicklungsländer erkennen. Zahlreiche Schwellenländer haben einen besseren Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten erreicht. Allein zwischen 1994 und 1995 sind die Netto-Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer von 86 auf 133 Milliarden US-Dollar gestiegen. Besonders Lateinamerika verzeichnete erstmals seit zehn Jahren wieder bedeutsame Ströme privaten Kapitals, die sich brutto auf 48,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 1995 beliefen. Wie die Mexiko-Krise aber gezeigt hat, verschärfen die Zuströme von „hot capital“ die Verschuldungssituation und bringen zusätzliche Gefahren, auch für das internationale Finanzsystem. Mit einem starken Zufluß von spekulativem Kapital läßt sich nur schwer eine langfristige Entwicklungsstrategie umsetzen.

Schwerwiegende ökonomische, ökologische und soziale Folgen hat die Auslandsverschuldung in den 35 Ländern mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 725 US-Dollar. Diese wenden mehr als ein Fünftel ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst auf und werden von der Weltbank als „Severely Indebted Low Income Country“ (SILIC) klassifiziert. Nach Angaben der Weltbank fallen darunter 27 afrikanische, drei lateinamerikanische und sechs asiatische Länder. Die Gesamtverschuldung der SILIC wuchs 1995 um 5 Prozent auf 223,6 Milliarden US-Dollar. Dabei ist der Anteil öffentlicher Schulden auf 86 Prozent der Gesamtverschuldung angestiegen.

Das internationale Finanzsystem ist heute nicht mehr bedroht

Die Geschäftsbanken sehen in diesen Ländern keine Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren und halten sich deshalb bei der Kreditvergabe zurück. Aus dem gleichen Grund ist der Zufluß von Direkt- und Portfolioinvestitionen sehr bescheiden geblieben. Die im Rahmen des Pariser Clubs der Gläubigerländer durchgeführten Umschuldungen konnten einen erneuten Anstieg des Schuldendienstes nicht verhindern. Seit Jahren schon sind diese Länder nicht mehr in der Lage, ihren Schuldenverpflichtungen pünktlich nachzukommen.

Aus der Sicht der Geschäftsbanken und Gläubigerländer ist

die Schuldenkrise, die vor 14 Jahre begann, weitgehend überwunden. Anders als im August 1982, als Mexiko seine Zahlungsunfähigkeit erklärte, stellt die heutige Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer keine gravierende Bedrohung für das internationale Bankwesen bzw. Finanzsystem dar. Für einige Länder mittleren Einkommens ist gemessen an den zugrundegelegten Verschuldungsindikatoren die Lösung der Schuldenkrise greifbar. Für die Geschäftsbanken bedeuten eventuelle Forderungsausfälle in den Entwicklungsländern keine existentielle Bedrohung mehr. Schuldenstand-Reduzierungen und abnehmende Zinsrückstände haben zu einer Entschärfung der Auslandsverschuldungssituation in diesen Ländern beigetragen. Dies ist aber nur eine Seite der Medaille. Seit über einem Jahrzehnt haben mehr als drei Dutzend Entwicklungsländer niedrigen und mittleren Einkommens Probleme, ihre Auslandsschulden hauptsächlich gegenüber öffentlichen Gläubigern zu bedienen.

Die Verschuldungssituation der höchstverschuldeten armen Länder – für sie wurde in der Weltbanksprache eigens eine neue Kategorie eingeführt, nämlich „Highly Indebted Poor Countries“ (HIPC) – ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Ihr Schuldenstand bis Ende 1994 war mit 207 Milliarden US-Dollar mehr als doppelt so hoch wie vor zehn Jahren. Er beläuft sich auf 434 Prozent der Exporterlöse und 111 Prozent des Bruttosozialproduktes der Länder; beim Durchschnitt der übrigen Entwicklungsländer beläuft sich das Verhältnis zwischen Schuldenstand, Exporterlös und Bruttosozialprodukt auf 130 bzw. 30 Prozent. Weiterhin liegt der Anteil bilateraler Schulden der HIPC bei 63 und der der multilateralen bei 21 Prozent der Gesamtverschuldung.

Die Verschuldungssituation von acht Ländern (Burundi, Guinea-Bissau, Mosambique, Nicaragua, São Tomé-Príncipe, Sudan, Zaire, Sambia) wird dabei auch von der Weltbank inzwischen als „untragbar“ bewertet. Die restlichen 33 Länder wurden in zwei Verschuldungskategorien eingestuft: 12 befinden sich demnach in einer „possibly stressed“-Situation, weitere 18 Länder immer noch in einer „tragbaren“ Schuldensituation.

Es gibt recht unterschiedliche Interpretationen für die Ursachen der Verschuldungskrise der Länder des Südens. Auf einen breiten Konsens stützt sich die Auffassung, daß die Krise das Ergebnis des Zusammenwirkens binnenwirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Krisenfaktoren ist. So betonen Vertreter von Entwicklungsländern und internationalen Organisationen wie der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) insbesondere die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit Anfang der siebziger Jahre als Auslöser der Schuldenkrise.

Folgende Krisenfaktoren werden dabei hervorgehoben: Die Ölpreisssteigerungen von 1973 und 1979/80, die zu einer Verschlechterung des Leistungsbilanzdefizites in den Ölimportierenden Entwicklungsländern geführt haben; der starke Anstieg der Zinssätze auf den internationalen Kapitalmärkten.

ten Ende der 70er Jahre und die gleichzeitige *Aufwertung des US-Dollars*; die Zunahme des *Protektionismus* in den Industrieländern; die drastische *Verschlechterung der Terms of Trade*, die besonders die rohstoffexportierenden Länder traf; die *Kreditvergabepolitik* der Geschäftsbanken, die in den 70er und 80er Jahren Kredite ohne hinreichende Risikoprüfung vergaben.

Auf die Fehlentwicklungen in der nationalen Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer konzentriert man sich hauptsächlich im Umkreis der Weltbank. *Bella Ballasa* kritisierte schon Mitte der 80er Jahre die verfehlte *Industrialisierungspolitik* der lateinamerikanischen Länder, die im Gegensatz zu ostasiatischen das Schwergewicht auf den Schutz von Importen und nicht auf die Förderung der Exporte gelegt haben. Die Liste der internen Ursachenfaktoren und binnenwirtschaftlichen Krisenfaktoren ist lang, unter anderen werden ihnen zugerechnet: die Verfolgung einer *falschen Verschuldungsstrategie* bzw. einer unzureichenden Kontrolle der Auslandskreditaufnahme, die zu einem umfangreichen Rückgriff auf kurzfristige Kredite führte; die Finanzierung steigender *Defizite in den öffentlichen Haushalten* durch externe Kreditaufnahme; die Verwendung externen Kapitals zu konsumptiven und nicht produktiven Zwecken; die Kreditfinanzierung von Großprojekten (Staudämme, Kraftwerke, Flughäfen, etc.), die nur selten Devisenmehrnahmen erbringen; die *Kapitalflucht* ins Ausland und die Verschlechterung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen durch die *Importsubstitutionsstrategie*.

Umschuldungsstrategien der Gläubigerinstitutionen sind gescheitert

Ohne hier einzelne Krisenfaktoren analysieren zu können, spricht doch vieles dafür, daß die Schuldenkrise ein Resultat der für die Entwicklungsländer ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist, wobei diese Krise zusätzlich durch ungünstige binnenwirtschaftliche und innenpolitische Krisenfaktoren verschärft wurde. Bewußt versuchen Politiker in den Gläubigerländern, den Umfang der zusätzlichen Verschuldung aufgrund der Kapitalflucht zu überzeichnen. Nach Schätzungen ist etwa ein Drittel der Gesamtschulden der „Dritten Welt“ auf Kapitalflucht zurückzuführen. Gegen die Behauptung eines solchen Kausalzusammenhangs spricht jedoch, daß einige Regierungen ihren Kreditspielraum an den internationalen Finanzmärkten in jedem Falle voll ausgeschöpft hätten. Vor allem in Entwicklungsländern wandert Kapital dann aus, wenn die internen Rahmenbedingungen ungünstiger sind als im Ausland.

Inzwischen besteht ein breiter Konsens darüber, daß die Geschäftsbanken durch unvorsichtige und unverantwortliche Kreditvergabepolitik vor allem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Schuldenkrise mitverursacht haben. Infolge der schwachen Kapitalnachfrage der Industrieländer und des gestiegenen Kapitalangebots in Form von Ölgeldern suchten

die Banken in den Entwicklungsländern nach besseren Anlagemöglichkeiten, die höhere Gewinne versprachen. Die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer ignorierten sie dabei bewußt oder schätzten sie nicht richtig ein. Der *Internationale Währungsfonds* versagte in der Rolle, die ihm bei seiner Gründung zugeordnet wurde, nämlich Frühwarnsystem und Regulator in besonderen Krisensituationen zu sein.

Anfänglich gingen die Gläubiger von der falschen Annahme aus, daß die Schuldenkrise eine *Liquiditätskrise* sei und nicht Ergebnis einer aus der Liberalisierung des Finanzsystems entstandenen *Insolvenzsituation* in den meisten Entwicklungsländern. Unmittelbar nach Ausbruch der Schuldenkrise wurde eine Rettungsaktion gestartet. Die Schuldner führten mit dem IWF abgestimmte *Reformprogramme* durch, deren Ziel es war, ihnen eine kurzfristige Liquiditätserleichterung zu verschaffen. Die Wiederherstellung der Schuldenfähigkeit erwies sich dabei schwieriger als anfänglich angenommen. Daher wurde ein neues Instrument für jährliche *Umschuldungsvereinbarungen* (MYRA) geschaffen.

Als sich die mehrjährigen Umschuldungsabkommen als inadäquat erwiesen, setzte man in einer Gruppe von Ländern mittleren Einkommens den vom damaligen amerikanischen Finanzminister initiierten sogenannten *Baker-Plan* um. Mit ihm sollten die Geschäftsbanken und teilweise auch die multilateralen Finanzinstitutionen zusätzliche Finanzressourcen für die Wiederherstellung der Liquidität zur Verfügung stellen. Auch diese Initiative war nur begrenzt erfolgreich. Es folgte eine Phase, in der Länder wie Mexiko, Argentinien aber auch Brasilien *marktkonforme Umschuldungsabkommen* mit einigen Geschäftsbanken vereinbarten. Im Abkommen mit Argentinien wurden dazu erstmals *Schuldenreduzierungsoptionen* als Alternative zu konzertierter Mittelvergabe vorgenommen.

Den größten Erfolg für die Geschäftsbanken erzielte der *Brady-Plan* ab 1988. Mit sogenannten Schuldenrückkauf-Operationen („buy-back“) konnten die Banken unter zum Teil sehr vorteilhaften Bedingungen ihre Forderungen aus öffentlichen Mitteln bilateraler und multilateraler Gläubigerinstitutionen finanzieren. Im Rahmen des *Debts and Debt Service Reduction Program's* (DDSR) wurden Rückkaufoperationen mit Ländern mittleren Einkommens durchgeführt. Für die SILICs hat die Weltbank die *Debt Reduction Facility* eingerichtet: Mittel aus der International Development Association (IDA) wurden für den Rückkauf von Schulden eingesetzt. Derzeit ist die IDA, die ihre Mittel überwiegend aus öffentlichen Haushalten der Industrieländer erhält, die größte Einzelquelle zinsfreier Kredite für die armen und ärmsten Entwicklungsländer.

Bis Dezember 1995 hatten 23 Länder 25 Umschuldungsabkommen im Rahmen des Brady-Plans und der Debt Reduction Facility abgeschlossen. Kommerzielle Schulden in Höhe von 194 Milliarden US-Dollar wurden umgeschuldet. Etwa 13 Länder mittleren Einkommens haben im Rahmen des Brady-Plans und 10 SILICs durch Rückkauf-

operationen Schulden bei kommerziellen Gläubigern abgebaut. Für die Geschäftsbanken wurde damit das Schuldenproblem gelöst: Die Schuldnerländer brauchen ihre Schulden den Geschäftsbanken nicht zurückzuzahlen, wohl aber den multilateralen Finanzinstitutionen oder denjenigen, die die Schuldenrückkaufoperationen finanziert haben. Die kommerziellen Schulden wurden also von multilateralen Finanzinstitutionen zum Teil mit Mitteln aus Armutsbekämpfungsprogrammen aufgekauft und in öffentliche multilaterale bzw. bilaterale Schulden umgewandelt.

Keine entscheidenden Schritte zur Entschuldung der ärmsten Länder

„Bilaterale Schulden“, das heißt Schulden gegenüber einzelnen Staaten, aber auch „multilaterale Schulden“, also Schulden gegenüber Finanzinstitutionen wie der Weltbank, haben für die Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen eine viel größere Bedeutung als Schulden bei kommerziellen Banken. Im September 1996 haben sich die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) zusammen mit dem Pariser Club der Gläubigerländer darauf geeinigt, den Schuldendienst einer kleinen Gruppe armer Länder auf die Höhe von zwischen 20 und 25 Prozent der jährlichen Exporterlöse zu verringern. Im Weltbank-Jargon wird der zugrundegelegte Bezugspunkt als „External Debt Sustainability“ bezeichnet; dies steht für eine Situation, in der das Land in der Lage ist, durch Exportleistungen für eine längere Zeit seinen Auslandsverpflichtungen nachzukommen.

Positiv an diesem Entschluß ist, daß sowohl die bilateralen als auch die multilateralen Schulden einbezogen werden sollen. Mindestens vier Aspekte sind jedoch problematisch: Erstens werden, wenn überhaupt, nur wenige Länder, maximal sieben von insgesamt 41, in den Genuß eines Schuldenerlasses kommen können. Zweitens mag das Ziel einer Senkung der Schuldendienstquote auf 20 bis 25 Prozent der Exporterlöse die Zahlungsfähigkeit dieser Länder wiederherstellen – für die notwendige wirtschaftliche Gesundung bleibt dieser Richtwert immer noch zu hoch.

Erst bei einem Schuldendienst von 5 bis 10 Prozent der Exporterlöse könnten diese Länder eine Erleichterung erfahren. Drittens ist der angesetzte Zeitraum von 3 bis 6 Jahre „guter Führung“ für die Qualifizierung eines Landes in bezug auf Schuldenerleichterungen zu lang angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise in den höchstverschuldeten armen Ländern. Viertens bleibt die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen, wie sie vom IWF verordnet werden, eine Hauptbedingung für einen möglichen Schuldenerlaß; die Strukturanpassungsprogramme aber gehen einher mit Kürzungen der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung.

Den Verhandlungen über bilaterale Verschuldung im Pariser Club der Gläubigerländer liegt ebenfalls die Annahme zugrunde, daß es sich bei der Schuldenkrise der Entwick-

Spiritualität des Schweigens

Claudia Edith Kunz

Schweigen und Geist

Biblische und patristische Studien
zu einer Spiritualität des Schweigens

Herder

NEU

832 Seiten, gebunden,
mit einem Vorwort
von Abt Christian Schütz
DM 98,- /öS 715,- /SFr 93,-
ISBN 3-451-26118-9

Ausführlich, wissenschaftlich exakt und mit sensiblem geistigem Gespür stellt dieses Werk das Schweigen als spirituelle Kategorie und als Lebensorientierung in der Schrift und bei den Kirchenvätern dar. Eine Analyse -intellektuell brillant und spirituell sensibel-, die eine Lücke auf dem Feld spiritualitätsgeschichtlicher Forschung schließt und zugleich ein neues Licht auf spirituelle Suchbewegungen heute wirft.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

lungsländer um eine Liquiditätskrise handelt. Insbesondere für die armen hochverschuldeten Länder erweisen sich die *Umschuldungsabkommen als unzureichend*. Zwischen 1988 und 1991 gewährte der Pariser Club Schuldenerleichterungen bis maximal 30 Prozent des Schuldendienstes; dieser Verhandlungsrahmen wurde unter der Bezeichnung „Toronto Terms“ bekannt. Wenige Jahre später erkannten die Gläubiger die Unzulänglichkeit dieses Instruments und erhöhten die Erlaßquote auf 50 Prozent. Aber auch diese „Enhanced Toronto Terms“ verschafften den ärmsten Ländern nicht die notwendige Atempause.

Gegenwärtig richtet sich das bilaterale Schuldenmanagement nach den sogenannten „Naple Terms“ aus, die 1994 von den G-7-Ländern auf dem Wirtschaftsgipfel in Neapel beschlossen wurden. Danach erhalten die Länder, die sich einem strengen IWF-Liberalisierungsprogramm unterziehen, Schuldenerleichterungen bis zu 67 Prozent der ausstehenden Schulden, verbunden mit einer Option zu Schuldenumwandlungen von bis zu 10 Prozent für Naturschutz oder soziale Programme. Es handelt sich dabei jedoch um ein „case by case“-Verfahren, das heißt, Schuldenerleichterungen bzw. Verhandlungen mit den bilateralen Gläubigern im Pariser Club werden nur wenigen Ländern gewährt, die Schuldenerleichterungen werden nur in wenigen Ausnahmefällen im vollen Umfang zuteil. So hat z. B. Honduras im Gegensatz zum Extremfall Nicaragua nur begrenzte Schuldenerleichterungen bei den Verhandlungen vom März 1996 erhalten.

Die Entschuldungsinitiativen der Kirchen

Besonders im Zuge des Brady-Plans, aber auch infolge der starren Haltung der bilateralen und multilateralen Gläubiger hat sich das multilaterale Schuldenproblem der SILIC weiter verschärft. Die Schulden der ärmsten Länder gegenüber multilateralen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und/oder regionalen Entwicklungsbanken sind in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Da die multilateralen Institutionen einen „preferred status“ haben, müssen die Schuldner die Verpflichtungen pünktlich und im vollen Umfang bedienen. Die Zahlungsfähigkeit gegenüber multilateralen Gläubigern ist Mindestbedingung der Gläubigergemeinschaft für die Kreditwürdigkeit im internationalen Kreditgeschäft.

Auch die bilateralen Gläubiger und die Privatbanken zeigten bislang keine Bereitschaft, einen bedeutenden Beitrag zu einer strukturellen Lösung des Schuldenproblems zu leisten. Der Initiativkreis „Entwicklung braucht Entschuldung“, ein Zusammenschluß von mehr als 20 Nichtregierungsorganisationen aus dem entwicklungspolitischen Bereich, hat die Bundesregierung aufgefordert, den 30 ärmsten Ländern der Erde alle Schulden zu erlassen. Doch obwohl diese eher bescheidene Forderung auf Sympathie bei vielen Bundestagsabgeordneten stieß, sieht die Mehrheit der Politiker in

Deutschland immer noch keinen Anlaß, auf die 200 Millionen Mark zu verzichten, die jährlich von den armen Ländern an die Bundesrepublik zurückgezahlt werden müssen.

Auch 1997 will der Initiativkreis „Entwicklung braucht Entschuldung“ durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit eine strukturelle Lösung des Schuldenproblems fördern. Einen besonderen Schwerpunkt legt der Initiativkreis dabei im kommenden Jahr auf die Schuldenprobleme Nicaraguas, Tansanias und Mosambiks. Denn diese Länder werden wieder nicht in der Lage sein, ihre anstehenden Auslandsschulden zurückzuzahlen. Nicht zuletzt dank solcher Lobbyarbeit hat die Bundesregierung im Falle Nicaraguas mit einem Schuldenerlaß von über 67 Prozent einen Schritt in die richtige Richtung getan. Der Betrag ist aber immer noch nicht ausreichend, um die Zahlungsfähigkeit des Landes wiederherzustellen, erst recht nicht, um die Wirtschaft anzukurbeln. Bisher nicht umgesetzt wurde die Anregung der Nichtregierungsorganisations-Initiative zur Errichtung eines Gegenwertfonds für zukunftsfähige Entwicklung, der sich aus den Restschulden speisen sollte.

In den USA haben Initiativen innerhalb der Kirchen konkrete Aktivitäten veranstaltet, die mit Blick auf das Jubiläum 2000 Schuldenstreichung erreichen wollen. Für Christen, die seit Ausbruch der Schuldenkrise sich mit diesem Thema befassen, ist das alttestamentliche Modell des Erlaß- oder Jubeljahres eine beständige Herausforderung, sie versuchen, dieses Anliegen in ein politikfähiges Konzept zu übersetzen. Auch Johannes Paul II. hat in Erwartung der Jahrtausendwende Anfang 1994 zu einer Schuldenerlaßinitiative aufgerufen. Es muß Sache der kirchlichen Gemeinden, Verbände, Werke und Initiativen sein, aus solchen Denkanstößen praktische Politik zu gestalten.

Zunehmend findet die Idee, Schuldentitel in Finanzressourcen für eine zukunftsfähige Entwicklung zu verwenden, großes Interesse. Dabei handelt es sich um eine Finanztransaktion, bei der eine Nichtregierungsorganisation durch den Kauf der Schuldtitel eines Entwicklungslandes die Mittel für ihre Entwicklungsprojekte aufstockt. Durch Schuldenumwandlung für Entwicklung können Ressourcen für Projekte im Bereich nachhaltige Landwirtschaft, Wohnungsbau, Kleingewerbe, Bildung, Frauenförderung, Kleinkreditwesen, Umweltschutz und Gesundheit effizient aufgestockt werden, ohne daß das Land auf wertvolle Devisen verzichten muß.

Schuldenumwandlung für Entwicklung

Mit seinem „debt-for-child development Program“ hat UNICEF die ersten Schuldenumwandlungen für Entwicklung umgesetzt. Bis September 1995 hat das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zwanzig Aktionen in neun Ländern durchgeführt: Bolivien, Jamaica, Madagaskar, Mexiko, Peru, Philippinen, Senegal, Sudan und Sambia. Das Programm ergab 48 Millionen US-Dollar in lokaler Währung und

fürte zu einer Schuldenreduzierung von insgesamt 193 Millionen. In der Schweiz arbeitet seit einigen Jahren die Initiative „Swiss Debt Reduction Facility“, die Entschuldungsmaßnahmen der schweizerischen Regierung mit der Unterstützung von Umwelt- und Sozialprogrammen verbindet. Andere Institutionen in den USA und Frankreich haben auch bereits Erfahrungen mit Schuldenumwandlungen für Entwicklung gesammelt.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber den reichen Industrienationen hat sich zu einem Strukturelement der Nord-Süd-Beziehungen entwickelt; die Gläubiger-Schuldner-Beziehungen sind Ausdruck einer asymmetrischen Situation in der Weltwirtschaft. Die Schuldenkrise verschärft die

strukturelle Schwäche der Entwicklungsländer und erlaubt den Industrieländern ihre Macht weiter auszubauen. Die hohe Auslandsverschuldung aber ist die größte Entwicklungsblockade der armen Länder. Eine Überwindung der Schuldenkrise ist nur im Rahmen eines Paradigmenwechsels denkbar: statt finanztechnischer Instrumente sollten vielmehr die Ziele einer zukunftsfähigen Entwicklung im Vordergrund stehen. Nicht allein die Wiederherstellung der immer wieder verlorengegangenen Zahlungsfähigkeit, sondern eine tiefgreifende Veränderung von armutsverursachenden Strukturen ist notwendig, um den Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen einen würdigen Platz im Konzert der Nationen zu geben.

Pedro Morazán

Männliche Rollenkonzepte

Studien zur Lage kirchlicher Berufe

Die Kirchen gehören zu den größten Arbeitgebern hierzulande. Aber dennoch befindet sich die Forschung zur sozialen wie beruflichen Lage von kirchlichen Mitarbeitern eher in den Anfängen. Zwei neuere Studien bemühen sich, auf Teilgebieten in dieser Hinsicht Versäumtes nachzuholen.

Seltener als sie es vielleicht verdient haben, ist man geneigt, kirchliche Berufe unter Gesichtspunkten zu betrachten, wie man dies auch bei Berufen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft tut: Berufszufriedenheit, Aufstiegsmöglichkeiten, Vergütung, Zusammenhang zwischen Ausbildung und späterer Berufsausübung, Anforderungsprofile, Belastung bzw. Über- oder Unterforderung, die soziale Lage bestimmter Teilgruppen der Arbeitnehmerschaft, die Nachwuchssituation und vieles andere mehr sind Aspekte, mit deren Hilfe sich allerlei über die innere Befindlichkeit von kirchlichen Mitarbeitern sagen läßt.

Das Geschlecht wird als Grund zur Diskriminierung nicht toleriert

Es dürfte kennzeichnend sein für die Lage der kirchlichen Berufe heute, wenn vermehrt mit Hilfe säkularer Methoden gesucht wird, Fragen wie diesen nachzugehen. Nicht weil man von ihnen das „Heil“ schlechthin erwartete, aber vielleicht, weil sich ihre Nichtanwendung als durchaus belastend für die weitere Entwicklung des Potentials an kirchlichen Berufungen erweisen würde. Zwei neue Studien aus Soziologie und Pastoraltheologie verdeutlichen dies.

Nach der sozialen Lage der berufstätigen Frauen der Diözese Rottenburg-Stuttgart fragt eine professionssoziologische Studie des Instituts für Soziologie der Universität

Heidelberg (Leitung: Professorin *Christiane Bender*). 1992 hatte der Diözesanrat das Forschungs- und Finanzierungskonzept beschlossen. Im Herbst 1996 wurde das Vorhaben abgeschlossen. Im Mainzer Matthias-Grünwald-Verlag wurde sie inzwischen publiziert (*Christiane Bender, Hans Graßl, Heidrun Motzkau, Jan Schuhmacher*, Machen Frauen Kirche? Erwerbsarbeit in der organisierten Religion. Mainz 1996).

Auf der Datenbasis von 4072 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Erhebungstichtag war der 21. Juni 1993) fragt die Studie nach den Anstellungsarten und dem Einkommen der Frauen im kirchlichen Dienst, nach der Stabilität von Erwerbskarrieren, nach der Konstruktion dessen, was man „Frauen-“ und „Männerberufe“ nennt, nach der beruflichen Segregation von Frauen und Männern, nach der Anwesenheit von Frauen in Leitungs- und Führungspositionen.

Mit anderen Worten: Die Heidelberger Forschergruppe untersuchte die Mitarbeiterstruktur der Diözese Rottenburg-Stuttgart nach denselben Kriterien, mit der man heute auch an andere, nicht-kirchliche säkulare Institutionen und Organisationen herangeht. Was immer die (kirchlichen bzw. theologischen) Ursachen und Begründungen für die beobachteten Erscheinungen sein mögen, zu den Voraussetzungen dieser Studie – wie vieler anderer aus dem säkularen Raum – gehört:

„Verhaltensmuster, die zwischenmenschliche Beziehungen